



Presseschau vom 12.11.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-Rinfo*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

Uli Gellermann: Hirntod, Scheintot, Zombie – Die Nato frisst ihre Mitglieder
<https://sptnkne.ws/AuB2>

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo**, **Logwinowo** und **Kalinowka**. Geschossen wurden mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: Tote bei Explosion nahe der Botschaft Libanons in Damaskus – Sana

Bei einer Detonation nahe der libanesischen Botschaft im syrischen Damaskus sind laut der Nachrichtenagentur Sana mindestens zwei Menschen ums Leben gekommen.

Die Detonation ereignete sich demnach im Bezirk Mezzeh. Mindestens zwei Personen starben, weitere sechs Menschen sollen verletzt worden sein.

Eine Ermittlung sei bereits eingeleitet worden. Vor Ort seien Beschädigungen von Gebäuden sowie Fahrzeugen zu sichten. Derzeit lägen keine weiteren Details vor; auch sei unklar, wer

hinter der jüngsten Attacke steht.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32234/49/322344981.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 11. November 3:00 Uhr bis 12. November 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 20.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Oserjanowka, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Schirokaja Balka, Alexandrowka, Donezk (Volvo-Zentrum), Spartak, Nowolaspa, Jasnoje, Petrowskoje, Kulikowo, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU gestern, am 11. November, um 13:30 Uhr trotz der Umsetzung des praktischen Teils zur Beseitigung der Verstöße am Trennungsabschnitt das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen in Richtung des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln Nr. 3 „Bogdanowka-Petrowskoje“ eröffnet.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Zerstörungen von ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Gestern, am 10. November, haben die BFU das Feuer aus Richtung Beresowoje in Richtung Jasnoje eröffnet. **Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 79.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 126.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Verteidigungsminister von Bolivien tritt zurück

Der bolivianische Verteidigungsminister Javier Zavaleta hat seinen Rücktritt angekündigt, berichtete der Fernsehsender Unitel am Dienstag.

„Heute, am 11. November 2019, trete ich als Verteidigungsminister zurück“, sagte der Minister in einer Videobotschaft. „Wir haben niemals unseren Soldaten und Marines befohlen, Waffen gegen die eigene Bevölkerung zu richten, und wir werden niemals solch einen Befehl erteilen“.

Später veröffentlichte er auf dem offiziellen Twitter-Account des Verteidigungsministeriums seine Rücktrittserklärung.

Zuvor hieß es, dass Evo Morales, der zurückgetretene Präsident von Bolivien, in Bolivien abgeflogen sei. Laut dem mexikanischen Außenminister befindet sich Morales unter dem Schutz Mexikos und sein Leben ist nicht in Gefahr.

Am Sonntag hatte Evo Morales seinen Rücktritt erklärt. Gemeinsam mit dem Präsidenten hatte auch der bolivianische Vizepräsident, Alvaro Garcia Linera, sein Amt niedergelegt. Linera bezeichnete die Situation als einen Staatsstreich.

Der Rücktritt erfolgte nach der Aufforderung der Chefs der Streitkräfte und der Polizei. Morales hatte am Sonntag eigentlich eine Neuwahl angekündigt, nachdem die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in einem vorläufigen Bericht Manipulationen bei der Präsidentenwahl vor drei Wochen festgestellt hatte.

Dnronline.su: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat am Morgen des 12. November Blumen an der Büste des ersten Oberhauptes der Republik Alexandr Sachartschenko niedergelegt, das im Zentrum der Allee der Helden im Park des Leninschen Komsomol im Donezk errichtet wurde.

Wir erinnern daran, dass die Bronzestatue auf einem Granitfundament für das erste Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko am 31. August dieses Jahres zum Jahrestag seines tragischen Todes eingeweiht wurde. Neben der Büste sind zwei Bronzeschilde. Auf einem steht: „Einem der sein Leben für tausende anderer Herzen gegeben hat. Für immer dem ersten Oberhaupt der DVR“. Auf dem zweiten Schild steht die Hauptdevise Alexandr Sachartschenkos: „Lebe frei, handle nach dem Gewissen, verhalte dich jedem gegenüber gerecht“.

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen „Post des Donbass“ hat einen Briefmarkenblock aus Anlass des fünften Jahrestags der Gründung der Volksmiliz der DVR herausgegeben. Auf dem Markenblock ist im Hintergrund ein Komposition von Haldenkegeln und Ebenen des Donbass zu sehen, in denen Kriegshandlungen stattfanden. Auf der Marke sind das Emblem der Volksmiliz und das Wappen der DVR abgebildet, auf dem Ersttagsumschlag das Wappen der Volksmiliz auf dem Hintergrund von Donezker Haldenkegeln und Ebenen.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/11/dan-news.info-2019-11-12_06-23-19_131946-1212-300x211.jpg

de.sputniknews.com: **Kramp-Karrenbauer: „Ich halte die Nato für quicklebendig“**
Von Armin Siebert

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat am Montag dem französischen Präsidenten widersprochen, der die Nato als „hirntot“ bezeichnet hat. Sie hält die Nato für „sehr lebendig“. Die Ministerin möchte eine „eher kritische Öffentlichkeit“ wieder für Sicherheitsfragen gewinnen, auch wenn man damit „keinen Popularitätspreis“ gewinnt.

Die Verteidigungsministerin nannte ihre Rede bei der Konferenz „NATO Talk around the Brandenburger Tor“ am Montagabend in Berlin „Mutig, innovativ, verlässlich: Für eine Zukunft der NATO“. Kramp-Karrenbauer erinnerte an „30 Jahre Mauerfall“ und dankte noch einmal dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und seinem Nachfolger George Bush Sen.

In Bezug auf die umstrittene „Hirntod“-Aussage des französischen Präsidenten, sagte die Verteidigungsministerin: „Davon zu reden, dass die Nato hirntot ist, halte ich für sehr zugespitzt und übertrieben. Ich finde, die Nato hat nach wie vor ein sehr lebendiges Herz und einen sehr lebendigen Kopf und die Deutschen sollten ihren Beitrag dazu leisten, dass das auch so bleibt.“

Andere Einstellung zu Russland im Baltikum als in Deutschland

„Die Nato ist und bleibt der entscheidende Eckstein europäischer Sicherheit.“, erklärte die Verteidigungsministerin. Es sei normal, dass es auch mal unterschiedliche Ansichten unter den Mitgliedsländer gäbe. So sei die Einstellung zu Russland in den Baltischen Staaten, wo man sich eher mehr deutsches Engagement in der Nato an der russischen Grenze erhoffe, eine andere, als in Deutschland, wo „mich Menschen ansprechen und bitten, dass wir die Truppen aus Litauen abziehen, da das den Frieden mit Russland gefährde“, erzählte die CDU-Politikerin.

Auf Deutschland ist Verlass

Die CDU-Chefin sprach sich dafür aus, mehr in die europäische Verteidigung zu investieren, Auch im Weltraum sollte sich die EU mehr engagieren, „um als Europäer eine Antwort auf Entwicklungen in China und den USA geben zu können.“

„Die europäischen Sicherheitsstrukturen müssen gestärkt werden“, erklärte Kramp-Karrenbauer, aber es gehe „weder darum, die Nato in Europa zu ersetzen, noch zu doppeln.“ Vielmehr müssten die Abläufe in der militärischen Zusammenarbeit der EU-Ländern verbessert werden, erklärte die Ministerin.

Kramp-Karrenbauer bekräftigte, dass Deutschland bis 2024 die Verteidigungsausgaben auf 1,5 Prozent und bis 2031 auf zwei Prozent des Bruttosozialproduktes erhöhen wird. „Da sollte man sich auf das Versprechen Deutschlands verlassen können“, erklärte sie.

Auslandseinsätze - „Diese Debatte wird auf uns zukommen“

Indirekt sprach sich Kramp-Karrenbauer, die seit Juli 2019 Verteidigungsministerin ist, für mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr aus. Andere europäische Nato-Truppen, wie die Franzosen oder die Briten, würden nicht ewig Verständnis aufbringen für die Zurückhaltung der Deutschen, während sie an vorderster Front kämpfen. „Diese Debatte wird auf uns zukommen“, meinte die Ministerin.

„Es reicht nicht mehr zu sagen, wir kümmern uns um uns selbst und was um uns herum passiert, spielt keine Rolle“, erklärte Kramp-Karrenbauer abschließend.

Kein „Popularitätspreis“ bei „eher kritischer Öffentlichkeit“

In der anschließenden kurzen Fragerunde sagte die CDU-Vorsitzende, dass sie in einer offenen Diskussion eine „eher kritische Öffentlichkeit“ wieder für Sicherheitsfragen gewinnen will.

„Ich weiß, damit gewinnt man keinen Popularitätspreis, aber darum geht es auch nicht bei verantwortungsvoller Politik.“, erklärte die Verteidigungsministerin.

Ein erster Bewährungstest sei das geplante Manöver von US-Soldaten in Europa Anfang kommenden Jahres, für das die Bundeswehr die Logistik organisiert. Hier müsse man „die Bevölkerung mitnehmen“ und vorab ihr die Straßensperrungen und andere Maßnahmen erklären, schlug Kramp-Karrenbauer vor.

Für den 64. Geburtstag der Bundeswehr am Dienstag verkündete die Ministerin stolz, dass es zum ersten Mal seit über zehn Jahren wieder Veranstaltungen dazu in allen Bundesländern und ein öffentliches Gelöbnis vor dem Reichstag mit über 1700 Gästen geben wird. Die Ministerin möchte die Bundeswehr wieder mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32597/92/325979238.jpg>

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR, der oberste Kommandeur der Streitkräfte der Republik Denis Puschlin zeichnete heute auf den **Feierlichkeiten zu Ehren des fünften Gründungstags der Volksmiliz** im Kiewskij-Bezirk von Donezk zwei Truppenteile aus, die sich bei der Verteidigung des Donbass hervorgetan haben.

Auf dem Platz am Denkmal „Deinen Befreiern, Donbass“ fand ein feierlicher Appell von Einheiten der Volksmiliz statt.

„Die Geschichte unserer Volksmiliz ist eine Chronik von Mut, Kühnheit, wahren Dienst am Vaterland. In all diesen fünf Jahren haben sie mit ihren Handlungen bewiesen, was Patriotismus bedeutet, was Liebe zu seinem Land bedeutet, was es bedeutet, seinem Volk treu zu sein. Im Namen des ganzen Volks des Donbass danke ich ihnen für die täglichen Heldentaten und die militärische Arbeit.

Das Staatsoberhaupt der DVR äußerte die Hoffnung, dass das Heldentum und die Standhaftigkeit der Verteidiger der Republik zu einem Vorbild für die zukünftigen Generationen werden. Danach zeichnete der oberste Kommandeur den Truppenteil 08819 für Heldentaten in den Kämpfen zur Verteidigung des Landes mit dem Orden der Republik aus. Außerdem erhielt der Truppenteil 08810 die Bezeichnung eines „Gardetruppenteils“.

„Sie haben in der Praxis bewiesen, dass wir diese Uniform mutig tragen können, dass wir wirkliche Verteidiger unseres Vaterlands sind und dass der Feind erkennt, wer gegen ihn steht und dass er uns fürchtet. Dafür großen Dank Ihnen, denn dies ist schwere Arbeit – Verwandte und Freunde, sein Land sowie die Erinnerung und die Geschichte zu verteidigen“, sagte der stellvertretende Leiter der Volksmiliz Eduard Basurin.

Die Veranstaltung endete mit der Hymne der DVR, die von einem Militärorchester gespielt wurde, und mit einer Parade der Einheiten.

In einer der Alleen des Parks gab es eine Ausstellung von Artillerie und Panzertechnik. Zuvor hatte Denis Puschilin 120 Jungarmisten begrüßt, die an diesem Tag im Museum des Großen Vaterländischen Kriegs ihr Gelöbnis ablegten.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/11/dan-news.info-2019-11-12_07-37-45_378299-----21-1024x679.jpg



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/11/dan-news.info-2019-11-12_07-36-27_969213---5-1024x679.jpg

de.sputniknews.com: **Terror-Angriff auf US-Konvoi in Afghanistan gemeldet**

Ein amerikanischer Konvoi soll laut einer Quelle gegenüber Sputnik von Terroristen auf der Autostraße Kabul – Paktia in Afghanistan attackiert worden sein.

Zu dem Angriff kam es gegen 11:00 Uhr (Ortszeit). Von der amerikanischen Seite gibt es bislang keine offiziellen Kommentare. Derzeit liegen keinen weiteren Details zu dem Angriff sowie Angaben zu möglichen Opfern vor.

Die Nato-Truppen in Afghanistan hatten Ende September „während der Kampfhandlungen in Kabul“ zwei Soldaten verloren. Wie das Kommando der Operation „Resolute Support“ (Entschlossene Unterstützung) damals mitteilte, handelte es sich um einen Rumänen und einen US-Amerikaner.

US-Militärs in Afghanistan

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten führen seit 2001 einen Militäreinsatz gegen die Kämpfer der Taliban-Bewegung und gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Afghanistan durch. In den zurückliegenden Jahren waren bei den Kampfhandlungen sowie bei anderen

Vorkommnissen im Lande fast 2300 US-Militärs und zivile Mitarbeiter ums Leben gekommen.

dan-news.info: **Mitteilung der Vertretung der DVR im GZKK über den Prozess des Abzugs der Truppen im Gebiet von Petrowskoje**

Heute, am 12. November, hat der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK gemäß dem von der Kontaktgruppe bestätigten Zeitplan die OSZE-Mission über den Abschluss des ersten dreitägigen Zyklus praktischer Maßnahmen am Trennungsabschnitt Nr. 3 bei Petrowskoje unterrichtet – Kräfte und Mittel der Volksmiliz der DVR wurden aus dem Abschnitt abgezogen.

Außerdem hat der Leiter der Vertretung die Mission über die Bereitschaft unterrichtet, mit dem nächsten Zyklus zu beginnen, den Minenräumungsmaßnahmen, die technische Aufklärung, Entfernung von explosiven Objekten, die Markierung von schwer zugänglichen detonationsgefährdeten Zonen und die weitere Demontage von Befestigungseinrichtungen und anderen Objekten militärischer Bestimmung – in unserem Fall eines Schützengrabens, der 10 Meter im nordnordöstlichen Teil in die Tiefe des Abschnitts reicht – beinhalten.

Im Kontext der Erfüllung des von der Kontaktgruppe bestätigten Zeitplans ruft die gestrige Erklärung von Vertretern der sogenannten OOS über den Beginn der Minenräumung am 12. November Verwunderung hervor. Offensichtlich verwechselt die ukrainische Seite wieder die Daten, weil entsprechend dem Zeitplan der 12. November der Tag ist, an dem die Seiten die OSZE-Mission über den Abschluss des dreitägigen Zyklus von Maßnahmen unterrichtet sowie über die Bereitschaft, mit dem nächsten Zyklus zu beginnen, der am 13. November beginnen kann, unter den Bedingungen, dass beide Seiten ihre Bereitschaft bestätigen.

Nach die Seiten die Mission über den Abschluss des Abzugs informiert haben werden, kommen Beobachter an den Abschnitt, um eine Inspektion durchzuführen und sich vom vollständigen Abzug des Personals und der Waffen zu überzeugen. Im Ergebnis der Verifizierung wird auf der offiziellen Seite der Mission ein spezieller operativer Bericht erscheinen.

Wir erinnern daran, dass eine analoge Prozedur am Pilotabschnitt Nr. 2 in Solotoje erfolgt ist: nach drei Tagen, vom 29. Oktober bis 1. November, fand der Abzug von Kräften und Mitteln statt, und nach einer Verifizierung durch die Mission am 5. Tag – dem 2. November – erschien ein operativer Bericht der Mission und es begann der nächste Zyklus von Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang ist die Logik der Erklärungen der ukrainischen Seite immer seltener erkennbar: die Vertreter des offiziellen Kiews setzen wieder eigene Daten fest, interpretieren die Vereinbarungen auf eigene Weise und führen die Öffentlichkeit in die Irre.

Die Republik ihrerseits unterstützt den von der Kontaktgruppe bestätigten Zeitplan vollständig und nach einer Verifizierung durch die OSZE-Mission sowie einer Veröffentlichung eines operativen Berichts, sind wir bereit mit dem zweiten Zyklus praktischer Maßnahmen zu beginnen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Internationales politisches und wirtschaftliches System erlebt beispiellose Krise – Macron**

Die Welt erlebt heute laut dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron eine beispiellose Krise des internationalen politischen und wirtschaftlichen Systems.

„Ich denke, wir erleben eine beispiellose Krise unseres internationalen Systems“, sagte Macron bei der Eröffnung des zweiten Pariser Friedensforums.

Dem französischen Staatschef zufolge hängt die Krise mit völlig neuen Herausforderungen zusammen:

„Es gibt eine interne Krise unseres Systems ... Wir haben eine Krise des globalen politischen und wirtschaftlichen Systems“.

Ferner unterstrich Macron, dass das nach dem Zweiten Weltkrieg gebildete System seit 70 Jahren wirksam gewesen sei.

„Aber die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine neue Imparität – manchmal in unseren Gemeinschaften – aufgetreten ist. Sie hat die moderne Gesellschaft zersplittert und eine Krise unserer Demokratien und Zweifel in allen westlichen Demokratien ausgelöst. Dies hat die einseitige Politik – manchmal bei den Garanten dieses internationalen Systems – wiederbelebt. Und jetzt, wenn ich so sagen kann, haben wir eine interne Krise des Systems. In wirtschaftlicher und politischer Hinsicht befindet sich dieses System in einer Krise“.

Das zweite Pariser Friedensforum wurde am Dienstag mit Reden des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der künftigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eröffnet. Auf der Gästeliste stehen Staats- und Regierungschefs aus rund 30 Ländern.

Bei der Veranstaltung geht es um Themen wie der Multilateralismus, die Cyber-Sicherheit und die Friedensbemühungen für den Nahen Osten. Auch Handelskonflikte und der Klimaschutz sollen zur Sprache kommen. Macron hatte das Friedensforum im vergangenen Jahr ins Leben gerufen. Anlass war der 100. Jahrestag des Endes des ersten Weltkrieges.

Wenige Wochen vor dem jüngsten Nato-Gipfel hatte Emmanuel Macron den Staatenbund in die Mangel genommen. Einer der Kritikpunkte seien fehlende Absprachen, sagte er im Interview mit der britischen Zeitung „The Economist“ am 7. November.

„Was wir derzeit erleben, ist der Hirntod der Nato“, so der französische Präsident im Interview.

Außerdem gebe es „keinerlei Koordinierung bei strategischen Entscheidungen zwischen den USA und ihren Nato-Verbündeten“. Seiner Meinung nach wenden sich die Vereinigten Staaten immer mehr von Europa ab.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 12.11.2019

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer 12-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.

In Richtung Gorlowka haben Strafsoldaten Schapowalows aus der 59. und Kaschtschenkos aus der 58. Brigade **Oserjanowka, Schirokaja Balka** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Panzer, Schützenpanzerwaffen, Antipanzer- und automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Donezk haben Kämpfer Iwanows aus der 56. und Martschenkos aus der 28. Brigade **Spartak, Alexandrowka** und das **Gelände des Flughafens** von Donezk mit 82mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 36. Brigade Gnatows und der 128. Brigade Korostelevs **Jasnoje, Petrowskoje, Nowolaspa, Kulikowo** und **Kominternowo** mit Schützenpanzerwaffen, automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Kämpfer auf das Territorium der Republik 79 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **Spartak, Petrowskoje**, die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter

der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die Verteidiger Republik kontrollieren die Handlungen des Gegners an der gesamten Kontaktlinie und halten dabei das Regime der Feuereinstellung ein.

Trotz der ausgeführten Maßnahmen zur Trennung von Kräften und Mitteln am Abschnitt Nr. 3 „Petrowskoje“ installiert die ukrainische Seite weiter Minensperren in der Nähe des genannten Gebiets. Unsere Aufklärung bemerkt die Installation von 438 Antipanzerminen TM-62, von denen 70 vor kurzem unmittelbar innerhalb des Trennungsabschnitts sowie 38 am Straßenabschnitt zwischen Bogdanowka und Wiktorowka installiert wurden. Eine solche Aktivierung der Installation von Minensperren im Vorfeld des Winters bestätigt nur die Erklärung des stellvertretenden Kommandeurs der OOS B. Bondar über die Verlegung der Zeiten für die Trennung und zeugt von Unwillen und Sabotage des Prozesses einer friedlichen Regelung durch den Stab der OOS.

Zur Verheimlichung ihrer Handlungen am Trennungsabschnitt ist ein **aktiver Einsatz von UKW-Störstationen R-934B und Störstationen gegen die Leitungs- und Navigationskanäle** „Bukowel-AD“ aus dem Bestand des 20. Bataillons für elektronische

Kriegführung **gegen Drohnen der OSZE-Mission** im Gebiet von Bogdanowka festzustellen. Wir stellen weiter eine **Aktivierung der Tätigkeit nationalistischer Formationen im Gebiet dieses Trennungsabschnitts** fest. Während der Pressekonferenz vom 1. November haben wir Ihre Aufmerksamkeit auf die Planungen der Radikalen zum Einsatz von Drohnen mit daran angebrachten Geschossen gelenkt, mit denen Schläge auf eigene oder unsere Positionen ausgeführt werden sollen, um die Konfliktseiten zur Erwidern des Feuers zu provozieren. Von der Theorie sind die Radikalen zu praktischen Handlungen übergegangen.

So haben gestern Luftabwehrkräfte der Volksmiliz 3km südlich von Petrowskoje eine **Drohne der BFU vom Typ „Phantom“ abgeschossen, die in Richtung des Trennungsabschnitts flog und mit einem Geschoss versehen war**, das von einer selbstgebauten Aufhängung abgeworfen werden kann. Diese Drohne stellen wir Ihnen hier vor.

Eine Aktivierung des Einsatzes von Drohnen durch die BFU ist auch an anderen Abschnitten der Kontaktlinie zu bemerken. Auch gestern haben wir eine **Drohne „Mavic Pro“ im Gebiet von Jasnoje abgeschossen**, die das Feuer auf das Gebiet, in Filmteams arbeiteten und die Folgen des Beschusses von Seiten der Ukraine festhielten, leitete. Sie wird Ihnen auch hier vorgestellt.

Bemerkenswert ist, dass das Kommando des Stabs der OOS und nicht von ihm kontrollierte nationalistische Formationen die Lage an der Kontaktlinie ein weiteres Mal im Vorfeld der Sitzung der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Osten der Ukraine, die heute in Minsk stattfindet, verschärfen.



http://armiyadnr.su/sites/default/files/inline/images/img_1749.jpg

de.sputniknews.com: **Russland und Türkei beginnen mit fünfter gemeinsamer Patrouille nahe syrischer Stadt Kobane**

Soldaten der russischen Militärpolizei und türkische Grenzschützer haben am Dienstag mit der fünften gemeinsamen Patrouille im nordsyrischen Grenzgebiet nahe der Ortschaft Kobane begonnen. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums hervor. Militärs aus Russland und der Türkei sollen demnach eine neue Patrouillenroute beschreiten, die am Grenzübergang Aylishar beginne und entlang der syrisch-türkischen Grenze verlaufe. Die Gesamtlänge der Route betrage mehr als 80 Kilometer.

Die Soldaten sollen mit gepanzerten Fahrzeugen der Typen „Tigr“ und „Kirpi“ befördert werden. Eine Drohne der russischen Militärpolizei des Typs „Orlan-10“ soll die Bewegung der Fahrzeugkolonne in Echtzeit überwachen.

Die Hauptstadt des Bezirks Ain al-Arab in der Provinz Aleppo, Kobane, war im Laufe des Bürgerkrieges in Syrien zu einem der Zentren der selbsterklärten kurdischen Autonomie im Norden des Landes geworden. Unweit der Stadt befand sich ein US-Militärstützpunkt. Nachdem die Türkei den Militäreinsatz „Friedensquelle“ im Norden Syriens eingeleitet hatte, verließen US-Truppen das Gebiet um Kobane. Entsprechend den Ergebnissen der Verhandlungen, die die Kurden mit der Regierung in Damaskus aufnehmen mussten, betraten Truppen der syrischen Armee die Stadt und ihre Umgebung und setzten sich an der Grenze zur Türkei fest.

Derrzeit befindet sich an der überragenden Höhe nahe Kobane ein Stützpunkt der russischen Militärpolizei, deren Einheiten sich seit einigen Wochen in Kobane aufhalten, um die Ordnung in der 30 Kilometer breiten Grenzzone zu sehen. Am 22. Oktober hatten der russische Präsident, Wladimir Putin, und sein türkischer Amtskollege, Recep Tayyip Erdogan, diese Sicherheitszone vereinbart. Nach Angaben der russischen Militärs haben kurdische Milizen die unter Zustimmung von Damaskus geschaffene Zone bereits verlassen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32591/30/325913004.jpg>

de.sputniknews.com: **Moldauisches Parlament entlässt Regierung**

Mit einem Misstrauensvotum hat das Parlament der Ex-Sowjetrepublik Moldau (Moldawien) am Dienstag die Regierung von Maia Sandu mit einer Stimmenmehrheit zu Fall gebracht. Das teilte die Parlamentsvorsitzende Zinaida Greceanîi mit.

Ihr zufolge stimmten 63 der 101 Abgeordneten für den Antrag der Partei der Sozialisten. Dafür waren nur 51 Stimmen erforderlich.

Zuvor hatte die Partei der Sozialisten, die seit der Parlamentswahl 2014 als die im Parlament stärkste Kraft gilt, die Erörterung eines Misstrauensvotums gegenüber der Regierung durch das Parlament initiiert.

Diese Initiative unterstützte die Demokratische Partei. Die Fraktion der Partei des Geschäftsmanns Ilan Shor und die beiden Fraktionen des ACUM-Blocks ignorierten die Abstimmung.

Das Misstrauensvotum wurde dem Parlament zur Erörterung vorgelegt, nachdem die Regierung einen Teil der Vollmachten bei der Auswahl der Kandidaten für den Posten des Generalstaatanwaltes an den Premier übergeben hatte. Die Regierung hatte diese Entscheidung getroffen, ohne sie mit den Partnern aus der Partei der Sozialisten vereinbart zu haben, und dadurch Verantwortung für dieses Gesetz gegenüber dem Parlament übernommen. Präsident Igor Dodon, der als informeller Führer der Partei der Sozialisten gilt, rief die Parteien der Parlamentsmehrheit dazu auf, den Konflikt durch einen Kompromiss beizulegen, um eine vorgezogene Wahl zu verhindern.

Am 24. Februar fand in der Republik Moldau eine Parlamentswahl statt. Die Partei der Sozialisten errang dabei mit 31,35 Prozent der Stimmen einen Sieg. Weiter folgten der Block ACUM mit 26,39 Prozent, die Demokratische Partei Moldawiens mit 23,84 Prozent und die Partei von Shor mit 8,39 Prozent. Andere Parteien schafften den Einzug ins Parlament nicht. Die Abgeordneten des moldauischen Parlaments werden für vier Jahre gewählt. Die neue Regierung unter der prowestlichen Ministerpräsidentin Maia Sandu nahm erst im Juni ihre Arbeit auf.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32598/00/325980010.jpg>

de.sputniknews.com: **US-Admiral fürchtet Abhängigkeit von China und Russland**

Von Natalja Dembinskaja

Ohne Bauteile aus China und Russland können Kriegsschiffe in den USA nicht gebaut werden. Das sagte der amerikanische Marineminister Richard Spencer der „Financial Times“. Washington müsse auf fremde Zulieferer verzichten und sich nur auf heimische Produzenten verlassen. Einfach wird das laut dem Minister nicht.

Die Lage könnte bald schon kritisch werden, so Spencer: Die Lieferkette sei zu fragil, wie eine im Auftrag der Navy durchgeführte Studie zeige. Die Untersuchung habe ergeben, dass viele am Bau von Kriegsschiffen beteiligte Subunternehmer auf alleinige Lieferanten „hochtechnologischer und hochpräziser Komponenten“ angewiesen sind. Dass diese Komponenten bei den Rivalen der Vereinigten Staaten eingekauft werden – bei russischen und chinesischen Firmen – werde dadurch noch wahrscheinlicher.

„Dieser Ansatz entspricht überhaupt nicht den nationalen Interessen angesichts der globalen Rivalität der Großmächte“, sagte Spencer der Zeitung. Besonders beunruhigt den amerikanischen Marineminister die Volksrepublik China mit ihrer „One Belt, One Road“-Initiative. Als Beispiel nennt er den italienischen Schiffsbauer Fincantieri, der sich an einer Ausschreibung für den Bau einer Fregatte für die US Navy ebenso beteiligt wie an der chinesischen Welthandelsinitiative.

Bei dieser Gelegenheit beschuldigt Richard Spencer die Chinesen, anderen Schwellenländern Kredite zu vergeben, um dadurch Einflussmöglichkeiten auf diese Länder zu erlangen. China habe etliche Seehäfen in der Dritten Welt aufgekauft: Sollte Peking die Häfen für amerikanische Schiffe sperren, liegt die Versorgung der Navy im Indopazifikraum lahm. Die Pentagon-Führung ist sich sicher: Die Hauptaufgabe der amerikanischen Rüstungsindustrie ist momentan die absolute Unabhängigkeit von den Komponentenlieferungen aus China und Russland. Das heißt, die technologischen Ketten und die Produktion müssen innerhalb der USA wiederaufgebaut werden.

„Wenn wir unseren Kurs nicht ändern, wenn wir die nachhaltige und berechenbare Finanzierung jener Bereiche nicht endlich ansteuern, in denen wir herausgefordert werden – im Welt- und Cyberraum, im Marinebereich – dann werden wir gegen Russland und China verlieren“, sagte Joseph Dunford, Vorsitzender des Vereinigten Generalstabs der US-Streitkräfte, auf einer internationalen Sicherheitstagung in Halifax.

Demnach haben die Verantwortlichen im US-Verteidigungsministerium 14 Technologien identifiziert, in die Russland und China investieren. Dementsprechend hat die Pentagon-Führung eine Prognose bis 2025 aufgestellt und auf die Bereiche hingewiesen, in die die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten investieren sollten.

Die Pläne umzusetzen wird jedoch nicht leicht: Große Investmentbanken lassen sich ungern

auf Kooperationen mit Rüstungsfirmen ein. Die US-Regierung hat sogar ein Sonderprogramm gestartet, um private Investitionen für Militärprogramme anzuwerben. Den Investoren winken staatliche Großaufträge in vielen Bereichen, von der Wartung der Kriegsschiffe bis zur Produktion neuer Kriegstechnik.

Solange die amerikanische Rüstungsbranche auf Privatinvestitionen wartet, stoßen die Pentagon-Absichten zur Rückführung der Komponentenherstellung in die USA auf haushaltstechnische Probleme: Allein in der Präsidentschaft Trumps mussten staatliche Stellen zweimal schließen, weil die Finanzierung ausblieb. Der Shutdown im Januar dieses Jahres dauerte unübertroffene 35 Tage.

„Unter diesen Umständen wird man heimische Lieferanten kaum davon überzeugen können, dass ihr Geschäft sicher ist, wenn sie mit der Aussicht auf Aufträge des Pentagons in die Produktion investieren“, schreibt „Financial Times“.

Die Militärführung weist auf ein weiteres Problem hin: Außer Geld sind neue Ideen nötig, um die erodierende Militärmacht der Vereinigten Staaten zu erhalten. Indes verweigern die amerikanischen Tech-Firmen dem Pentagon die Zusammenarbeit.

Google beispielsweise weigert sich auf Druck der eigenen Mitarbeiter, an einem Projekt zur KI-Anwendung bei der Auswertung von Videoaufnahmen teilzunehmen, die von Aufklärungsdrohnen angefertigt werden. Auch Elon Musk und über 3.000 weitere Spezialisten der Tech-Branche haben sich gegen die Anwendung der Künstlichen Intelligenz zu militärischen Zwecken ausgesprochen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32598/00/325980075.jpg>

de.sputniknews.com: **Türkei droht Brüssel mit Verzicht auf EU-Beitritt**

Die Türkei hat der Europäischen Union mit dem Aus für die Verhandlungen über deren EU-Beitritt gedroht, falls Brüssel sie weiter verzögern sowie Ankara Sanktionen wegen der Öl- und Gasbohrungen vor Zypern in Aussicht stellen wird.

„Wir haben die Rechte eines Garanten in dieser Region, und das auch in der Wirtschaftszone (des Mittelmeeres – Anm. der Red.)“, sagte Erdogan. Dabei beklagte er, dass Länder, die über keine solchen Rechte verfügen würden, in die Region kämen und dort arbeiten würden – die Türkei werde aber dafür mit Sanktionen belegt.

„Sie verzögern die Gespräche immer wieder, drohen mit Sanktionen, haben uns mehrmals Versprechen gegeben, sie aber nicht gehalten“, sagte Erdogan vor Journalisten in Ankara.

„Dass wir mit ihnen an einem Verhandlungstisch sitzen, verpflichtet uns zu nichts. Die Verhandlungen können plötzlich zu Ende gehen“.

Die Türkei lasse keinen Druck auf sich wegen des Gaststreits mit Zypern zu.

Zypern ist de facto seit 1974 zweigeteilt – in den lediglich von der Türkei anerkannten Norden und den Süden, der international anerkannt und seit 2004 EU-Mitglied ist. Die Türkei und Nordzypern auf einer Seite und die Republik Zypern und Griechenland auf der anderen

Seite streiten um Öl- und Gasvorkommen in der Region. Zugespitzt hat sich der Konflikt in den vergangenen Monaten, als die Türkei mit Bohrungen in der ausschließlichen Wirtschaftszone von Zypern begonnen hat. Ankara weist jegliche Vorwürfe illegaler Aktivitäten zurück.

Am Montag hat die EU den rechtlichen Rahmen für die Sanktionen gegen die Türkei wegen der Bohrarbeiten vor Zypern geschaffen. Dies soll es ermöglichen, das Vermögen von Einzelpersonen und Unternehmen einzufrieren, die an den Bohrarbeiten beteiligt sind. Die Türkei hatte 1963 ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet. 1987 beantragte das Land die Aufnahme in die Zollunion. Die Verhandlungen über den Beitritt zur EU begannen im Jahr 2005.

mil-lnr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Die ukrainische Seite hat den Beschuss des Territoriums der Republik verstärkt, um die Einheiten der Volksmiliz zur Erwidierung des Feuers zu provozieren und die LVR dann der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **dreimal das Territorium der Republik beschossen**, darunter auch unter Einsatz von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen.

In **Richtung Popasnaja** haben die Untergebenen des Kriegsverbrechers und Kommandeurs der 72. Brigade Bogomolow sechs Schüsse mit einem automatischen Granatwerfer auf das Gebiet von **Kalinowo** abgegeben.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl von Schapowalow sechs 120mm-Mörsergeschosse auf das Gebiet von **Logwinowo** abgefeuert.

Später haben die Kriegsverbrecher aus der 59. Brigade zehn 120mm-Mörsergeschosse und 4 82mm-Mörsergeschosse auf **Kalinowka** abgefeuert und acht Schüsse mit Granatwerfern abgegeben.

Insgesamt haben der Gegner in den letzten 24 Stunden 34 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Verluste unter der Zivilbevölkerung oder den Soldaten der Volksmiliz gibt es nicht.

Die ukrainischen Besatzer stationieren weiter Waffen und Militärtechnik innerhalb von Ortschaften, mit denen sie dann das Territorium unserer Republik beschießen.

Unsere Aufklärung hat acht Haubitzen Giazhint-B am Rand von Rubeshnoje und je einen Schützenpanzer im privaten Sektor von Alexandropolje und Popasnaja stationiert.

Während am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln bei Solotoje Arbeiten zur Minenräumung stattfinden, **verminen die ukrainischen Kämpfer weiter ungeordnet Territorien** in der Nähe von Ortschaften auf von ihnen kontrolliertem Territorium.

Uns liegen Informationen über die Verminung einer Asphaltstraße, die zur Brücke zwischen Staryj Ajdar und Stschastje führt und die täglich von Zivilisten genutzt wird, durch die 46. Brigade vor....

Ende Oktober wurden in der 92. mechanisierten Brigade **Molot-Mörser des Kalibers 120mm gegen Mörser aus sowjetischer Produktion desselben Kalibers – MT-38 – und Mörserkomplexe „SANI“ ausgetauscht.**

Seit dem 1. November werden analoge Maßnahmen in der 59. Panzergrenadierbrigade durchgeführt, die Aufgaben an der Kontaktlinie erfüllt, wo sich nach Angaben einer Quelle etwa 16 Molot-Mörser befinden.

Ich erinnere daran, dass **seit dem Beginn der Nutzung dieser Mörser aus ukrainischer Produktion im Jahr 2016 infolge von Detonationen von Geschossen im Lauf 20 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte starben und 40 verletzt wurden**, aber die Rückstände gegenüber den Aufträgen erlaubten es den Vertretern der ehemaligen ukrainischen Führung nicht, sich ernsthaft mit dem Problem der Todesfälle beim Einsatz dieser Waffe zu befassen.

Es müssen einige wichtige Momente unterstrichen werden:

Erstens, die Mörser und **Waffenkomplexe des Kalibers 120mm sind von den Minsker Vereinbarungen verboten**, deshalb ist ihre Lieferung in Truppenteile der BFU, die an der Kontaktlinie aktiv sind, unzulässig und eine grobe Verletzung der Vereinbarungen.

Zweitens, die Maßnahmen zum **Austausch der Mörser** gegen andere Systeme, die aus Lagern in die Truppen erfolgt, **kann offensichtlich genutzt werden, um die OSZE-Mission in die Irre zu führen**, weil sich die formal 2015-2016 verifizierten Waffen in den Lagern befinden werden, sich stattdessen aber auf den Positionen, von denen aus die Kämpfer friedliche Ortschaften der Republik beschießen, aus dem Lager entnommene Mörser befinden, die sich nicht auf den Listen für den Abzug befinden.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Vertreter der OSZE-Mission auf diese Sachverhalte und bestehen auf einer genaueren Bewertung der Handlungen der militärischen Führung der ukrainischen Streitkräfte.

Das Kommando der OOS zieht weiter aktiv **kontrollierte Massenmedien und ausländische Informationsagenturen zur Erstellung von Materialien, die die Volksmiliz diskreditieren**, heran.

Nach Angaben unserer Quellen sind auf den Positionen der 59. Brigade, von denen auch Beschüsse des Territoriums der Republik erfolgen, Gruppen von Journalisten der Fernsehsender „ICTV“ und „Ukraina“ sowie Korrespondenten der ausländischen Informationsagenturen France-Presse, News One, New York Times, Associated Press in Begleitung von Offizieren des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen eingetroffen.

Die Einheiten der Volksmiliz reagieren nicht auf Provokationen des Gegners und halten den Waffenstillstand im vollen Umfang ein.

de.sputniknews.com: **China will neue internationale Beziehungen aufbauen**

Peking hat angekündigt, neue internationale Beziehungen aufzubauen. Dies sagte der Vizepräsident der Volksrepublik China Wang Qishan auf dem zweiten Pariser Friedensforum am Dienstag.

„China möchte neue internationale Beziehungen auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt, Rechtsordnung und Gerechtigkeit aufbauen. China unterstützt eine UN-zentrierte globale Rechtsordnung und möchte zur Entwicklung einer offeneren Weltwirtschaft mit Projekten wie der ‚Seidenstraße‘ und der Verbesserung (des Projektes – Anm. d. Red.) ‚One Belt – One Road‘ beitragen“, sagte der Vizepräsident der Volksrepublik.

Es sei notwendig, im multilateralen Format und dabei mit einem multilateralen Ansatz „für das Wohl unserer Völker, die den Frieden anstreben“ zu agieren, betonte er.

„Wir müssen eine Welt schaffen, in der Sicherheit, Wohlstand und Reichtum herrschen“, fügte er hinzu.

Das zweite Pariser Friedensforum nahm seine Arbeit am Dienstag auf. Laut der Organisation nehmen an dem Forum rund 30 Staats- und Regierungschefs, zahlreiche Delegationen und NGOs teil.

Das Forum findet im Großen Saal des Parc de la Villette in Paris statt. Bei der Eröffnungszereemonie traten außer dem Vizepräsidenten von China noch der französische Präsident, Emmanuel Macron, die designierte Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, und der Präsident der Demokratischen Republik Kongo, Félix Antoine Tshisekedi, auf.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32598/03/325980361.jpg>

de.sputniknews.com: **Lawrow: USA wollen östlich des Euphrat separaten Quasistaat bilden**

Washington strebt laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow an, die Gebiete am östlichen Euphrat-Ufer von Syrien zu trennen, um dort einen separaten Quasistaat zu bilden. „Die USA verlangen von den Golf-Staaten große Investitionen, um eine örtliche Verwaltung auf der Basis der Demokratischen Kräfte Syriens, der kurdischen Volksverteidigungseinheiten und anderer zu bilden. Sie bekunden die klare Absicht, diesen Teil Syriens zu trennen und die dort befindlichen Ölfelder zu kontrollieren“, sagte der Chefdiplomat am Dienstag beim zweiten Pariser Friedensforum.

Zugleich verbieten die Vereinigten Staaten ihren Verbündeten, in die vom offiziellen Damaskus kontrollierten Projekte zum Wiederaufbau Syriens zu investieren.

„Wir unterstützen gemeinsam mit der syrischen Regierung die Schaffung von Bedingungen für die Modernisierung der Infrastruktur, die Rückkehr von Flüchtlingen und laden alle dazu ein, damit das Land zu einem normalen Leben zurückkehren kann“, so Lawrow.

Zuvor hatte Lawrow gesagt, die Versuche der Vereinigten Staaten, die Ölfelder unter ihre Kontrolle zu bringen, seien gesetzwidrig und brächten nichts Gutes. ...

de.sputniknews.com: **Frankreich übernimmt Führung bei Vorbereitung von EU-Militäreinsätzen**

Die EU-Mitgliedsstaaten haben am Dienstag ein gemeinsames Rüstungs- und Verteidigungsprojekt beschlossen, welches die Verbesserung der militärischen Zusammenarbeit und die operative Angleichung von Kampfsystemen vorsieht.

Der Europäische Rat hat am Dienstag eine zusätzliche Liste mit 13 gemeinsamen EU-Verteidigungsprojekten verabschiedet, die den Schutz vor biologischen und chemischen Waffen sowie Weltraum- und Cybersicherheit umfassen. Darunter befindet sich auch das Projekt ECoWAR (gemeinsame Kapazitäten bei der Kriegsführung).

Ein Vertreter der französischen Regierung soll das Projekt leiten. In der Kurzbeschreibung des Projekts heißt es, dass das Ziel darin bestehe, die militärischen Kapazitäten der EU zu erhöhen und in Zukunft mögliche Gefahren abzuwenden. Diese würden immer undeutlicher, schneller und ließen sich schwieriger feststellen und neutralisieren.

Es wird angenommen, dass dieser Beschluss dem Militär im Rahmen der EU ermöglicht, gemeinsame Einsätze durchzuführen, die ein enges Zusammenwirken von unterschiedlichen bereits bestehenden und zukünftigen Militärplattformen erfordern. Außerdem trügen die Projekte zur Erhöhung der Effizienz, Kompatibilität und Vereinbarkeit bei.

An dem Projekt nehmen Frankreich, Belgien, Ungarn, Rumänien, Spanien und Schweden teil.
...

de.sputniknews.com: **Taiwan will F-16-Kampffjets: Geht Washington den Streit mit Peking ein?**

Aus Pekings Sicht kommt es einer politischen Grenzverletzung gleich, wenn Drittstaaten Kriegsgerät an Taiwan liefern, die „abtrünnige Provinz“. Die Regierung Trump zeigt jedoch die Bereitschaft, Chinas Sicherheitsbedenken zu missachten. Ein neuer Rüstungsdeal zwischen Washington und Taipeh steht an. Das Portal „The National Interest“ berichtet. Das US-Außenministerium hat vor wenigen Monaten erklärt, ein Rüstungsgeschäft mit Taiwan im Wert von 2,2 Milliarden US-Dollar zu genehmigen. 108 „Abrams“-Panzer und 250 tragbare Flugabwehrsysteme „Stinger“ sind darin enthalten, schreibt das Portal. Was das State Departement in seiner Erklärung unbeachtet ließ, ist laut „NI“ der fast perfekte Deal für 66 Kampffjets F-16V – die allerneueste Version des legendären Jagdbombers, neu gebaut in Greenville, South Carolina. Kommt es zum Geschäftsabschluss, wäre es die erste Lieferung neuer Kampfflugzeuge aus dem Westen an Taiwan seit 1992.

Dass der F-16-Deal in der Erklärung des Außenministeriums unerwähnt blieb, liegt womöglich an den Verhandlungen zwischen Washington und Peking mit dem Ziel, den schwelenden Handelskrieg zu beenden. Hat die Trump-Regierung die F-16-Genehmigung zurückgehalten, um die Gespräche nicht zu sabotieren? Oder hält das Weiße Haus sich die F-16 als Verhandlungsjoker vor, um Zugeständnisse von Peking zu erpressen? Jedenfalls ist der Ausgang des Deals gegenwärtig ungewiss, wobei Taipeh und die Taiwan-Lobby im Kongress sich für dessen Abschluss starkmachen.

Da Peking alles daransetzt, den Kauf moderner Kampffjets für Taiwan weitestgehend zu erschweren (Sanktionen gegen Rüstungsfirmen eingeschlossen), konzentriert sich Taipeh auf die Modernisierung seiner bestehenden Kampfflugzeugflotte.

2018 erst haben die Vereinigten Staaten Ersatzteile im Wert von mehreren Millionen Dollar für die betagten Kampffjets F-5E bereitgestellt, die die taiwanesishe Luftwaffe für Angriffs- und Trainingsmissionen nutzt.

Der Upgrade-Versuch für die 55 französischen Jagdbomber „Mirage“ 2000-5 blieb in Taiwan hingegen erfolglos. Kürzlich aber hat die taiwanesishe Luftwaffe das Upgrade ihrer 102 Jagdbomber F-CK-1 aus heimischer Fertigung auf den Standard C und D abgeschlossen. Der größte Erfolg gelingt der taiwanesischen Luftwaffe gegenwärtig mit dem Upgrade von 144 Kampffjets F-16 A und B auf den Level F-16V (Block 72). Pro Jahr werden circa 25 dieser Maschinen modernisiert.

Dieses 5,3 Milliarden Dollar teure Modernisierungsprogramm enthält auch die Genehmigung zum Erwerb von „Sidewinder“-Raketen, neuer EloKa-Behälter, präziser Lenk- und Cluster-Bomben sowie entsprechender Zielerfassungs-Pods für deren Einsatz.

Zudem enthält ein Deal von 2017 die Genehmigung zur Lieferung schlagkräftiger Präzisionswaffen an Taiwan: Gleitbombe AGM-154 JOSW und Anti-Radar-Rakete AGM-88B HARM – eine Bewaffnung, die vermuten lässt, dass Taipeh Fähigkeiten zum Gegenschlag aus der Luft auf das Festland aufbaut, schreibt „The National Interest“.

Gelingt Taipeh die Bestellung der 66 brandneuen Kampffjets F-16V, können die neugebauten Maschinen zusätzliche Upgrades erhalten, die in der Nachrüstung der taiwanesischen F-16-A-Jäger nicht enthalten sind. Beispielsweise: Triebwerke mit größerer Schubkraft und möglicherweise an die Flugzeugzelle angepasste Zusatztanks, sog. Conformal Fuel Tanks (CFT). Diese Behälter ersetzen die an den Flügeln angebrachten Abwurf-tanks, die sich negativ auf die Aerodynamik, den Radarquerschnitt und die Zuladung des Kampffjets auswirken.

Die taiwanesischen Medien berichten, der F-16V-Deal würde 7,8 bis 8 Milliarden Dollar kosten. Dies käme dem erstaunlich starken Stückpreis von 121 Millionen Dollar pro Maschine

gleich – für ein als „Billigjet“ positioniertes Kampfflugzeug. Anzunehmen ist allerdings, dass in dieser Summe auch Wartungspakete, Ersatzteil- und Munitionslieferungen sowie Ausbildungs- und Trainingsprogramme enthalten sind.

Vorher hatten die Verantwortlichen in Taipeh die Beschaffung von F-35-Kampffjets erwogen, entschieden sich jedoch dagegen: ausschlaggebend waren die Betriebskosten und die andauernden technischen Schwierigkeiten der neuen amerikanischen Maschine. Zudem fürchtet Washington womöglich den Verlust der F-35-Technologie an China.

abends:

de.sputniknews.com: **Evo Morales in Mexiko eingetroffen**

Der zurückgetretene Präsident Boliviens Evo Morales ist am Dienstag in Mexiko-Stadt eingetroffen. Dies berichtet ein Sputnik-Korrespondent vor Ort. Mexiko hatte dem Ex-Präsidenten zuvor Asyl gewährt.

Morales wurde nach Medienberichten bei seiner Ankunft in der mexikanischen Hauptstadt vom Außenminister des Landes, Marcelo Ebrard, empfangen.

Der bolivianische Ex-Präsident bedankte sich beim mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador für dessen Entscheidung, ihm Asyl zu gewähren: Dies habe ihm das Leben gerettet. Laut Morales hatte man in Bolivien ein Attentat auf ihn vorbereitet.

„Bald komme ich zurück“

Zuvor hatte Morales mitgeteilt, dass er nach Mexiko fliegen werde: „Schwestern und Brüder, ich breche nach Mexiko auf.“ Ferner twitterte er:

„Es schmerzt mich, das Land aus politischen Gründen zu verlassen, aber ich werde mich immer kümmern. Bald werde ich mit mehr Kraft und Energie zurückkehren.“

Asyl in Mexiko

Am Montag hatten mexikanische Behörden erklärt, dass Mexiko Morales aus humanitären Gründen Asyl gewähren werde. Das Leben des Ex-Präsidenten sei in Bolivien in Gefahr, erläuterte der Außenminister Marcelo Ebrard.

Rücktritt

Am Sonntag hatte der bolivianische Präsident, Evo Morales, seinen Rücktritt erklärt.

Zusammen mit Morales räumte auch der Vize-Präsident des Landes, Alvaro Garcia Linera, seinen Posten. Dieser bezeichnete die Situation zugleich als Staatsstreich.

Kurz zuvor hatten die Chefs der Streitkräfte und der Polizei in Bolivien den Staatschef zum Rücktritt aufgefordert. Dieser hatte am Sonntag eigentlich eine Neuwahl angekündigt, nachdem die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in einem vorläufigen Bericht Manipulationen bei der Präsidentenwahl vor drei Wochen festgestellt hatte.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32598/19/325981950.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 17:30 Uhr das Feuer aus Richtung Metallist (ukr. Trawnwoje) in Richtung **Golmowski** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet. Infolge des Beschusses wurden Fassade, Dach sowie Fensterverglasung eines Wohnhauses in der Stepan-Babij-Straße 52 beschädigt. Opfer und der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: **Bundeswehr feiert 64. Jahrestag: Nato-Offizier a.D. warnt vor „Kurs einer Interventionsarmee“**

Von Paul Linke

Mit zahlreichen Veranstaltungen wird an den 64. Gründungstag der Bundeswehr erinnert. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer spricht von „äußeren Bedrohungen“ und fordert immer wieder mehr Verantwortung in der Sicherheitspolitik. Ein ehemaliger Nato-Offizier wünscht sich eine „Rückkehr zu den Wurzeln“ – weg vom „Kurs einer Interventionsarmee“. Mit feierlichen Gelöbnissen in Berlin und fünf weiteren Städten wollte die Bundeswehr am Dienstag ein Zeichen für die „Verankerung der Streitkräfte in der Gesellschaft“ setzen. Die Gelöbnisansprache hielt Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU). Sie unterstrich die Bedeutung der Streitkräfte für eine freie Gesellschaft: „Unsere Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und sie wird es bleiben, nicht nur, weil der Bundestag über ihre Kampfeinsätze entscheidet, sondern vor allem, weil unsere Bundeswehr ein wesentliches Instrument unserer wehrhaften Demokratie ist“, sagte sie an die Rekruten gerichtet. Die Bundeswehr verteidige Deutschland gegen äußere Bedrohungen, so die Ministerin. Doch die Richtung Deutschlands in der Sicherheitspolitik, die die Ministerin immer wieder in ihren Reden deutlich macht, stößt auf deutliche Kritik. Zuletzt sorgte die CDU-Chefin mit ihrer Grundsatzrede vor dem Führungsnachwuchs der Bundeswehr in München für allerlei Kontroversen.

„Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen“, sagte Kramp-Karrenbauer.

Dabei betonte sie die militärische Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern und die Bedeutung eines starken „deutsch-französischen Tandems“ - stets als Ergänzung zur Nato. Zudem verwies sie darauf, dass sich auch die Partner im Indo-Pazifischen Raum - Australien, Japan, Südkorea und Indien – von Chinas Machtanspruch bedrängt fühlen würden.

„Kurs der Interventionsarmee“

Die heutige Rolle der deutschen Streitkräfte sieht Oberstleutnant a.D. der Bundeswehr Jochen Scholz kritisch: „Wenn wir heute den 64. Geburtstag feiern, dann ist es nicht mehr dieselbe Bundeswehr, die 1955 angefangen hat. Denn die damalige Bundeswehr hatte einen reinen Verteidigungscharakter.“ Scholz zitiert dabei den Staatsbürger in Uniform General Wolf von Baudissin, der auch als Vater der Inneren Führung bezeichnet wird: „Die vornehmste Aufgabe des Soldaten ist es Kriege zu verhindern - nicht Kriege zu führen.“ Deutschland habe sich nach dem Ende des Kalten Krieges, „weil die Nato erhalten blieb“ auf einen „Kurs der Interventionsarmee“ begeben, um unter anderem als rohstoffarmes und auf exportabhängiges Land die freien Handelswege in der Welt zu sichern, bemängelt der ehemalige Bundeswehr-Offizier der Luftwaffe.

Recht des deutschen Volkes verteidigen?

„Dann haben wir gesehen, in welche Richtung sich die Bundeswehr entwickelt hat – bis hin zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Serbien 1999. Insofern ist die Bundeswehr heute eines der Mittel der von den USA dominierten Nato, um die geopolitischen Ziele und Vorstellungen der Vereinigten Staaten mit zum Erfolg zu führen.“ Doch das lasse sich mit dem Grundgesetz nicht vereinbaren, meint Scholz und verweist auf das Wort „Recht“ im

feierlichen Gelöbnis der Berufssoldaten. Auch am Dienstag schworen die Soldaten, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Scholz wünsche sich zum 64. Geburtstag der Bundeswehr, dass sie zu ihren Wurzeln zurückkehre: „Unser Auftrag heißt, Kriege zu verhindern. Und da heute die Bedrohung nicht mehr da ist, wie sie zumindest in der Wahrnehmung während des Kalten Krieges da war, müssten die Streitkräfte dieser nicht vorhandenen Bedrohung angepasst werden. Das heißt, dass man eine Art Rückversicherung oder Feuerversicherungsarmee hat für den Fall des Falles. Aber eine konkrete Bedrohung ist weit und breit nicht zu sehen.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32598/21/325982106.jpg>

de.sputniknews.com: **Lukaschenko nennt Bedingung für Abschaffung der Todesstrafe in Weißrussland**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko hat am Dienstag während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundespräsidenten von Österreich Alexander Van der Bellen die Bedingungen für die Abschaffung der Todesstrafe in Weißrussland genannt. Die Europäische Union fordere schon direkt die Abschaffung der Todesstrafe von Minsk, betonte Lukaschenko. Deshalb könne man dieser Frage in Weißrussland nicht gleichgültig gegenüberstehen. Allerdings sei die Abschaffung der Todesstrafe nur durch eine Volksabstimmung möglich, denn die letzte Entscheidung diesbezüglich sei durch ein Referendum getroffen worden.

Der Präsident betonte, die Regierung würde regelmäßig die Stimmungslage innerhalb der Gesellschaft bewerten. Doch nach der Einführung der Todesstrafe habe sich diese nicht wesentlich verändert. Sollte also diese Frage zur Debatte gestellt werden? Laut Lukaschenko - nein, sollte sie nicht.

Weißrussland ist der einzige Staat in Europa und im ehemaligen Sowjetraum, in dem die Todesstrafe nach wie vor verhängt und vollstreckt wird. Gemäß dem weißrussischen Strafgesetz kann die Todesstrafe wegen besonders schwerwiegender Straftaten verhängt werden – darunter Anwendung von Waffen, Kriegstreiberei, Genozid, internationaler Terrorismus, Mord, Machtergreifung, Terroranschläge und Staatsverrat. Sie kann nur auf Männer im Alter von 18 bis 65 Jahren angewandt werden und wird durch Erschießen vollstreckt.

Im Jahr 1996 wurde in Weißrussland im Rahmen eines Referendums über die Todesstrafe abgestimmt. Damals sprachen sich knapp 80 Prozent dafür aus.